

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4.50 RM, monatlich 1.50 RM.
 Frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 Monatlich, vom Postamt abgeholt
 1.60 RM, dem Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.64 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.- RM, für das übrige Ausland
 4.50 RM monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.80 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Zamo-
 sch, Hagens, Drogenbun, Schwaben
 und die Societa, eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Preisliste.
 Erscheinung täglich.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Rubrikpolizeiregulationen betragen
 80 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 30 Pfg. (zählend
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pfg. Einrückung und
 Schlußzeilenanzeigen das erste Wort
 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen
 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 16. Juli 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Deutscher Vorstoß westlich und östlich von Reims

Belgien als Tauschobjekt für die deutschen Kolonien.

Autoritative Erläuterung der Hertling-Rede.

Aus Kopenhagen meldet W. T. B.:
 Anlässlich der Rede des Großen Hertling wurde dem Berliner
 Berichterstatter von „Politiken“ von wohlunterrichteter
 autoritativer politischer Seite mitgeteilt, daß die Er-
 klärung Hertlings zu der belgischen Frage von jedem Eingeweihten
 als selbstverständlich betrachtet werden muß. Man brauche
 nur daran zu erinnern, daß auch Bethmann Hollweg schon
 Belgien als Tauschobjekt habe. Deutschland beabsichtige also
 beständig, Belgien als Tauschgegenstand zu benutzen, da-
 mit sei ausgeschlossen, daß Deutschland Belgien zu
 behalten wünsche. Voraussetzung für die Herausgabe Bel-
 giens sei indessen unbedingt, daß Deutschland seine über-
 seeischen Kolonien zurückgeben werden und daß es eine
 ungehinderte Verbindung mit diesen erhalte. Das Schick-
 sal Belgiens hänge hier von ab.

Da W. T. B. die Äußerung von „Politiken“ kommen-
 tarlos wiedergibt, darf wohl angenommen werden, daß sie wirklich
 von deutscher autoritativer Seite, d. h. also vom Reichs-
 kanzler selbst ausgeht.

Danach würde Deutschland für die Herausgabe Belgiens
 nur die eine Bedingung stellen, daß ihm seine Kolonien und
 der Weg zu ihnen wieder freigegeben würden. Dies ist jedenfalls
 die Form, in der sich die vielumstrittene Faustpfandtheorie noch
 am allerbesten hören läßt. Noch richtiger wäre es freilich zu
 sagen: „Wir führen solange Krieg, bis ihr die Unverletztheit
 unserer europäischen und überseeischen Gebiete anerkennt, etwas
 anderes wollen wir gar nicht, und ist das erreicht, so laßt Belgien
 durch die Aufhebung der deutschen Okkupation von selbst wieder
 auf.“ Das anstößige Wort „Faustpfand“ wäre damit ausge-
 schaltet, und in der Sache wäre genau dasselbe gesagt.

Wird die Echtheit der dänischen Meldung nicht bestritten,
 so ist sie von großer Bedeutung und verdient, von den Geg-
 nern ernstlich gewürdigt zu werden. Die Furcht der
 „Humanität“ und anderer französischer Blätter vor einem
 zweiten Drest-Vitovsk wäre damit gegenstandslos geworden.

Amerika ruft das russische Volk gegen Deutschland auf.

Erklärung des Moskauer amerikanischen Gesandten.

Moskau, 13. Juli. „Nowaja Schifa“ bringt folgende
 Erklärung des amerikanischen Gesandten am amerikanischen
 Nationaltag:

„Alle Bundesgenossen halten Rußland noch für
 einen kämpfenden Staat, den Drest
 Frieden erkennen sie nicht an. Wilson hat
 erklärt, er werde Rußland nicht verlassen, das heißt, er wolle
 nicht uneteiligt zusehen, wie Deutsche das
 russische Volk ausbeuten und sich die Reichtümer
 Rußlands aneignen. Die Stellung Amerikas ist nicht diktiert
 von Wünschen auf Landwerb und Handelsvorrechte, auch in
 innere Angelegenheiten will sich Amerika nicht einmischen, es
 liegt ihm aber an dem Selbstbestimmungsrecht
 Rußlands, und dieses soll nicht gezwungen sein,
 sich der tyrannischen Verwaltung Deutschlands
 unterzuordnen. Ich rufe das russische Volk
 zur Mannhaftigkeit auf und zur
 Organisation gegen die deutschen Eroberer.“

Ich habe Weisung erhalten, öffentlich zu er-
 klären, daß es die Aufgabe Amerikas ist, alle
 slawischen Völker von deutscher und österreichischer
 Herrschaft zu befreien.“

Der Bericht, den Tschitcherin als Volkskommissar des
 Auswärtigen vor wenigen Tagen dem Allrussischen Sowjet-
 kongress, erhaltete, betonte mit ausgesprochenen Wendungen das
 Wohlwollen, das die Vereinigten Staaten Rußland bezeugt
 hätten, und brachte die Reizung der Räteregierung zum Aus-
 druck, außer mit Japan und Deutschland auch mit den Ver-
 einigten Staaten ernstliche Beziehungen des Friedens zu ent-
 wickeln. Die jetzt bekannt gegebene Erklärung des Moskauer
 amerikanischen Gesandten schlägt diesen Wünschen der Räte-
 regierung mit der Kriegsaufstufung ins Angesicht. Rußland soll nicht
 Friedensland, es soll durchaus Kriegsland sein, und der Ruf zum
 Widerstand gegen die deutschen Eroberer, der bei dieser Ge-
 legenheit (vor allem vermutlich wegen der Tschecho-Slowaken)

Englischer Angriff südwestlich von Ypern.

Berlin, 15. Juli 1918, abends. Amtlich.
 Südwestlich und östlich von Reims sind
 wir in Teile der französischen Stellungen ein-
 gedrungen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. Juli
 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Südwestlich von Ypern griff der Feind gestern früh nach
 starker Feuerbereitschaft an und drang in geringer Breite in
 unser Kampfgebiet ein. Seinerseits der Feind tagüber Artillerie-
 tätigkeit; sie lebte am Abend auch an der übrigen Front auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne blieb die Gefechtsintensität
 lebhaft. Verlässliche Infanteriegefechte südlich von St. Pierre-
 Rigle und im Savières-Grunde.

Leutnant Leonhard errang seinen 35. Luftflug.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. Juli 1918. Amtlich wiederverlautbart:
 An den Gebirgsfronten ist beiderseits die Artillerie-
 tätigkeit andauernd lebhaft. Der Chef des Generalstabes.

gleich an alle slawischen Völker ergeht, ist ein Glied in der
 Kette von Aktionen, mit denen jetzt die Stimmung für den
 Losbruch der Gegenrevolution im Großen bearbeitet wird.

Die Erklärung des amerikanischen Gesandten gibt der
 Räteregierung absolute Klarheit über ihr gegenwärtiges und
 zukünftiges Verhältnis zu Amerika. Sie ist nicht anders
 als eine schroff gewollte Provokation, und der Räteregierung
 bleibt, wenn sie nicht schwach erscheinen will, nur das eine
 zu tun: in bezug auf den amerikanischen Gesandten gerade
 so zu verfahren wie wegen des französischen Gesandten
 verfahren wurde, nämlich die Abberufung zu fordern. Die
 Antwort auf eine solche Forderung hätte die Räteregierung
 allerdings schon vorweg; sie würde vermutlich nicht anders
 ausfallen wie die französische, die bekanntlich ausblieb und
 eigentlich nur darin bestand, daß Koulens, wie gemeldet
 wurde, nach Wologda ins Lager der nordrussischen Gegen-
 revolution abkampfte.

Die amerikanische Erklärung, auf ausdrückliche Weisung
 von Washington am 4. Juli abgegeben, ist für Deutschland
 aus mehreren Gründen wichtig. Einmal natürlich als eines
 der vielen Zeichen allerletzter Zeit, die den neuen Kriegsbrand
 im Osten ankündigen sollen. Aber das ist im Augenblick
 trotz der Hurmananstrengungen noch nicht das Wichtigste.
 Mehr bedeutet die Erklärung als Wink an die deutsche Staats-
 mannskunst, deren schwerwiegendste Aufgabe es ist, den Drest
 Frieden trotz seiner selbst im Sinne des Friedens, den nicht ein
 Eroberer diktiert hat, zu fruchtbar zu machen. Das ist sicher kein leichtes
 Werk, aber das es notwendig ist und wie ein heißes Eisen
 den Nagel schmeidenden Hammer eilig erheischt, wird durch die
 Erklärung des Moskauer Willongesandten unseres Erachtens
 ganz besonders eindringlich dargetan.

Die Kabinettsfrage in Holland.

Rotterdam, 14. Juli. Zu der Meldung des Korrespondenz-
 bureaux, daß die Königin den Abgeordneten Monsignore Professor
 Dr. W. Kolens mit der Bildung eines neuen Ministeriums be-
 auftragt habe, schreibt der „Maasbode“: Umstände poli-
 tischer Art werden nach diesem Angebot, das von seiner poli-
 tischen Bedeutung willen und Katholiken sehr zufrieden stellen
 kann, wahrscheinlich zu einem Kabinett der Rechten führen.
 Jedoch wird es durch eine führende Mehrheit einer anderen Partei
 gebildet werden. Wir können hinzufügen, daß noch unserer Er-
 wartung dieser Verlauf der Angelegenheit besonders auf die Tat-
 sache sich gründet, daß die rechtsstehenden Parteien nicht mehr als
 50 Sitze erobert haben, so daß alle Folgerungen einer
 konservativen Mehrheit in diesem Falle nicht
 vollständig gezogen werden können. Damit ist
 keineswegs gesagt, daß nicht ein Kabinett der Rechten die Lösung
 dieser Krisis bilden wird. Trotzdem wird wohl die Aufgabe der
 Kabinettsbildung nicht Monsignore Kolens,
 sondern einem anderen Staatsmann übertragen
 werden.

Die Nationalisierung der russischen Industrie.

Für die heutigen Verhältnisse ist kennzeichnend,
 daß das Dekret des obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjet-
 Republik über die Verstaatlichung der russischen Industrie erst
 jetzt in Deutschland bekannt wird, obwohl es volkswirtschaftlich
 und privatwirtschaftlich von größter Bedeutung ist.

Das Dekret ordnet den Uebergang wichtiger Industrien
 oder der großen und mittleren Unternehmen bedeutender In-
 dustrien in Staatseigentum an, begnügt sich aber vorläufig mit
 dieser formalrechtlichen Erklärung und läßt die wirtschaftlichen
 Verhältnisse so, wie sie bisher waren. Die verstaatlichten Unter-
 nehmen werden den früheren Besitzern zur unentgelt-
 lichen Pachtinutzung überlassen. Sie sollen sie in frühe-
 rer Weise finanzieren, aber auch ihre Gewinne wie frü-
 her erhalten. Die verantwortlichen Leiter bürgen straf-
 rechtlich und mit ihrem gesamten Vermögen für die Unverletz-
 lichkeit und regelmäßige Arbeit der ihnen anvertrauten Unter-
 nehmen, beziehen dafür aber den Gehalt in der Höhe weiter, wie
 er bis zum Augenblick der Nationalisierung der Unternehmen
 gezahlt worden ist.

Es werden verstaatlicht: alle Eisenbahnen einschließ-
 lich der Straßen-, lokalen und Pferdebahnen, alle Unternehmen
 der Gummiindustrie und im Platin-, Wolfram-, Silber-,
 Blei-, Zink- und Arsenbergbau. Die zu verstaatlichenden
 Unternehmen des Gold- und Silberbergbaus werden nomen-
 tlich aufgeführt. In allen anderen Industrien beschränkt
 sich die Verstaatlichungsaktion auf die Aktiengesell-
 schaften und die Gesellschaften mit beschränk-
 ter Haftung mit einem bestimmten Kapital, das die Min-
 destgrenze der durchschnittlichen Betriebsgröße bei den Unter-
 nehmungen dieser Industrien darstellt. Nicht verstaat-
 licht werden die Unternehmen, die den Konsumvereinen, Pro-
 duktion- und sonstigen Genossenschaften und deren Verbänden
 gehören.

Der Inhalt des Dekretes wirkt deshalb sensationell, weil
 danach der oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjet-Republik
 lediglich das formelle Eigentumsrecht des Staates an den
 industriellen Unternehmen festgelegt und die Kapitalisten weder
 in ihren Funktionen, noch in ihrem Gewinne beschränkt hat,
 während bisher die Annahme in Westeuropa allgemein war, daß
 die Nationalisierung der russischen Industrie gerade in der
 völligen Ausschaltung der Kapitalisten bestehe.

Doch würde der Eindruck, daß die Bolschewiki tatsächlich,
 wenn auch nicht formell, vor der Gewalt des Kapitals kapituliert
 hätten, sehr in die Irre führen. Das Dekret kann im
 Gegenteil als ein Beweis dafür gebucht werden, daß sie die
 organische Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine
 sozialistische mit tauglichen Mitteln anstreben, die von den aus
 den ersten Zeiten der proletarischen Revolution gemeldeten pri-
 mitiven Enttarnungsversuchen der Kapitalisten sehr verschieden
 sind. Es stellt ein Sicherungsgezeck zur Verhütung der Auf-
 löschung oder Verschleuderung bestehender Unternehmen und zum
 Schutz einer kontinuierlichen Wirtschaft dar. Die große Arbeits-
 losigkeit, die in Rußland herrscht, beweist nämlich, daß nichts ver-
 fehlter als eine impulsive wirtschaftliche Stegreifpolitik und nichts
 notwendiger, als Ordnung und Planmäßigkeit ist.

Die Bolschewiki führen unter unfaßlichen Schwierigkeiten
 einen doppelten Kampf gegen den natürlichen Widerstand der
 Kapitalisten und gegen die zusammenhangslosen und naiven So-
 zialisierungsbestrebungen der wenig aufgeklärten Arbeiter-
 massen. Der oberste Volkswirtschaftsrat weiß sehr wohl, daß
 die modernen großen Wirtschaftszweige eine isolierte Wirtschaft
 nicht betreiben, sondern die Zusammenfassung aller industriellen
 und kommerziellen Bestrebungen verlangen und daß der Sozia-
 lismus die Anarchie des Kapitalismus nur durch die Plan-
 mäßigkeit und Nationalisierung der Produktion überwindet.
 Ein untaugliches Mittel zu diesem Ziele war
 die ausschließliche Verwaltung der in-
 dustriellen Unternehmen durch Arbeiteraus-
 schüsse.

Nicht daß die Arbeiterausschüsse überhaupt nutzlos
 wären. Sie haben aber mehr Bedeutung für das soziale
 Leben, indem sie als Berufsvertretungen der Arbeiter und
 Schlichtungsausschüsse auftreten, als für die Leitung der Pro-
 duktion. Diese muß in den Händen von Ausschüssen liegen,
 die je nach der Natur des Gewerbes ein größeres oder kleineres
 Gebiet umfassen oder überhaupt nicht örtlich, sondern nach
 Industrien abgegrenzt sind und die von Spezialisten beraten
 oder geleitet werden. Nur so können allgemeine und soziale
 Interessen einen Ausgleich finden. Eine solche Politik schließt
 eine technische Verwaltung, die auf Abstimmungen und nicht
 auf Anordnungen von Fachleuten beruht, aus und ist mit zu-
 fälligen Konfiskationen und bloßen polizeilichen Verordnungen
 unvertäglich. Es ist ein untrügliches Zeichen der Un-

reife neuer revolutionärer Gewalt, wenn sie bloß verordnen, statt zu organisieren.

Es liegt vielleicht an der Unvollkommenheit der bisher aus Rußland über die wirtschaftliche Tätigkeit der Volkswirtschaft herüberbringenden Bedingungen, daß Einzelheiten des Dekrets einige Verwunderung erregen müssen. So ist es erstaunlich, daß in vielen Industrien nicht die Privatunternehmen, sondern nur die Gesellschaften verpflichtet werden, obwohl die Gesellschaften sich im Durchschnitt dem Privatunternehmen an wirtschaftlicher Stoffkraft überlegen gezeigt haben. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß der russische Kapitalismus vom Auslande importiert wurde und daher die höchsten kapitalistischen Entwicklungsformen auf einer sehr rückständigen Grundlage ruht, so daß mit der Rationalisierung der Gesellschaften praktisch alle oder fast alle Unternehmen erfaßt werden.

Im Anschluß an diesen Artikel folgen die Leitfäden für die fernere wirtschaftliche Tätigkeit des obersten russischen Rates für Volkswirtschaft. Sie sind von dem Mitgliede dieser Körperschaft, N. Larin, entworfen, der auch der Kommission für die Verhandlungen mit der deutschen Regierung angehört. Sie beweisen, daß der oberste Volkswirtschaftsrat die Verknüpfung der Industrie nur als eine vorläufige Maßnahme betrachtet, die die eigentliche Sozialisierung vorbereiten soll. Sie zeigen aber auch, mit wie großen konkreten Schwierigkeiten die proletarische russische Regierung zu kämpfen hat. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die von den Leitfäden verlangte hohe direkte Besteuerung bisher nicht allgemein, sondern nur in einzelnen wohlhabenden Bezirken gelungen ist, und daß die Versuche, das gehämterte Bargeld der Bauern hervorzuholen, auf sehr große Erhebungsschwierigkeiten der Steuern deuten. Allein es ist fraglich, ob nicht auch andere weiter vorgeschrittene Länder nach Kriegsschlus neue Erhebungsformen werden einführen müssen, um die Steuererträge zu erhöhen und Steuerhinterziehungen unmöglich zu machen — eine Möglichkeit, die dadurch besonders wahrscheinlich wird, daß die rapid steigenden Steuerfäden zu Steuerdefraudationen besonders verleiten.

Ob die Pläne der russischen Regierung verwirklicht werden, ist sehr schwer vorherzusagen. Die Volkswirtschaft stehen vor Aufgaben, die schier übermenschliche Anstrengungen erfordern. Die russische Wirtschaft ist ein Chaos, das nur allmählich und unter großen Hemmnissen geordnet werden kann. Es ist immerhin ein Zeichen für das Kraftgefühl der Volkswirtschaft, daß sie an einen planmäßigen Wiederaufbau denken können, ohne von der Anarchie überwältigt zu werden.

Die Leitfäden der Nationalisierung.

1. Die Nationalisierung der Banken muß zu einem Abschlus gelangen durch Verschmelzung aller laufenden Rechnungen jedes einzelnen Unternehmens in den verschiedenen Banken. Unzulässig ist die Gründung ausländischer, z. B. schwedischer und auch anderer Banken in Rußland.

2. Eine Beteiligung ausländischen Kapitals an der industriellen Entwicklung des Landes ist in Form von im Auslande gemachten Anleihen zulässig, um dort Maschinen zu beschaffen und verschiedene Hilfsmittel und Materialien von dort zu beschaffen, welche für die Organisation der eigenen Produktion in Rußland notwendig sind. Unzulässig ist es, den ausländischen Kapitalgebern irgendein Recht einzuräumen, über die Zukunft der russischen Volkswirtschaft mitbestimmen zu dürfen, sei es in Form von Aktienbesitz oder Konzessionen. Als Garantie für die Bezahlung fälliger Zinsen kann die teilweise Verzinsung sachmännlich geschulter Spezialisten aus Europa oder Amerika zur Mitarbeit dienen, welche die Produktion auf die gewünschte Höhe bringen; im Notfalle kann sogar die Verpfändung irgendeines Teiles von Kameralgütern in Frage.

3. Die Nationalisierung der russischen Industrie muß mit fester Hand weitergeführt werden und muß organisiert und planmäßig von Zweig zu Zweig fortschreiten. Die Projekte gemischter staatlich-kapitalistischer Trusts müssen abgelehnt werden. Die technischen und organisatorischen Hilfsmittel müssen sich dem Rahmen der staatlichen Organisationen der Industrie auf Grund ihrer Nationalisierung einfügen.

4. Die Abrechnungen zwischen den industriellen Unternehmen selbst einerseits und zwischen den letzteren und den staatlichen Institutionen andererseits für Lieferungen von Rohmaterialien, Brennstoffen und Werkzeugen sollen nicht durch Bargzahlungen erfolgen, sondern lediglich durch Abschreibungen und Belastungen der Bankkonten. Um einen Fonds zu schaffen, von welchem Abschreibungen vorgenommen werden können, sollen allen Unternehmen im Rahmen des Staatsbudgets Kontos eröffnet werden, dagegen werden die Einnahmen zugunsten des Staates verrechnet.

5. Der private Handelsbetrieb soll abgebaut und durch kooperative Verwaltungen ersetzt werden, welche in geschäftlichen Beziehungen zum „Gauptkomitee“ in jedem der einzelnen Produktionszweige stehen (Gaupt- oder Zentralstelle für Zucker, Tee, Seife, Gelb, Papier, Holz, Zerk, Leder, Textilwaren, Gummi usw.).

6. Um den Warenanstrich zu beschleunigen, Arbeitslosigkeit und nutzlose Lagerauffüllungen zu vermeiden, während das Land der Erzeugnisse bedarf, ist es notwendig, ein System von Staatsanstalten und Staatsaufträgen einzuführen (Zentralstelle für Aufträge“ oder „Zentralversorgungsstelle“). Diesem System zufolge werden einerseits alle bei den Betrieben vorhandenen und andererseits alle von den Betrieben und Verteilungsämtern zu benötigenden Halbprodukte und Erzeugnisse berechnet und sodann alle durch staatliche Verfügung gekauft oder in Auftrag gegebenen Gegenstände an diejenigen Unternehmen und Anstalten verkauft, welche mit diesen Gegenständen versorgt werden müssen; dieser Austausch vollzieht sich durch telegraphische Verständigung. (Eine große Rolle haben hier die Zentralstellen der einzelnen Industriezweige zu spielen, wie z. B. die Zentralstellen für Papier, Holz usw. Aber teilweise kommen hier auch die volkswirtschaftlichen Komitees und die früheren Betriebsausschüsse usw. in Betracht.)

7. Die Organisation der Einfuhr aus dem Auslande muß auf der Vermeidung der absolut notwendigen Quantität von ausländischen Erzeugnissen und Materialien für jeden einzelnen Industriezweig basieren; daher müssen in der zentralen staatlichen Monopoleinkaufsstelle Vertreter aller einzelnen Zentralstellen für Leder, Metalle, Papier, Textilwaren usw., und ebenso auch Vertreter der zentralen „Auftragsstelle“ (Zentralversorgungsstelle) vertreten sein. Letztere hat speziell zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit besteht, die notwendigen Produkte in Rußland selbst zu beschaffen oder zu erzeugen. In ähnlicher Weise soll auch die Ausfuhr organisiert werden.

8. Der Kampf gegen die Armut einer ungenügenden Produktion soll seinen Ausdruck nicht nur in der Verbesserung der Transporte und der Entwicklung der Selbsthilfsplan der Arbeiter usw. finden, sondern auch in der strengen Beschränkung unproduktiver Ausgaben, insbesondere mittels Herabsetzung des Heeres auf nicht mehr als 300000 Mann.

9. Es soll eine strenge Steuerpolitik gehandhabt werden in Form einer hohen Besteuerung des Vermögens und des Einkommens; eine solche Politik ist schon mit Erfolg angewandt worden, namentlich bei den Großbauern in denjenigen Gouvernements, wo man mit Entschlossenheit in organisierter Weise an die Sache herantreten ist.

Eine Abstempelung oder der Umlauf auf neue Geldmuster soll ein Mittel in die Hand geben, um die von der Bauernschaft vertriehen ca. 15 Milliarden herauszulösen und sie der Besteuerung zuzuführen („Kriegsgewinn“). Von dem System der ungleichen, willkürlichen indirekten Steuern (Kiste) muß Abstand genommen werden, zugleich aber soll ein einheitlicher prozentualer Zuschlag zum Selbstkostenpreis von allen Erzeugnissen des nationalisierten Gewerbes zugunsten des Staates eingeführt werden.

10. Es soll eine Neuverteilung der Arbeitskräfte im Lande auf Grund einer demokratischen Selbstverwaltung der Arbeiter selbst vorgenommen werden, wobei man von der Einführung einer Arbeitspflicht für die Arbeiter absehen muß, denn sie würde zurzeit nur zu einer Unterjochung des Proletariats durch die Bauernschaft führen und überhaupt keinen Zweck bei der jetzt herrschenden allgemeinen Arbeitslosigkeit haben. Eine Arbeitspflicht käme nur für Personen in Betracht, welche keine materielle Not zur Arbeit zwingt und welche den früher herrschenden Klassen angehören. Für die Arbeiter muß in bezug auf die Hebung der Arbeitsintensität und der Gewissenhaftigkeit genügend gesorgt werden (Aufbesserung der Ernährungsverhältnisse, prompte Auszahlung des Verdienstes, Entlassung auf Grund von Beschäftigen kameradschaftlicher Arbeitergerichtsinstitutionen für mutwilliges Versäumen, Faulheit usw.).

11. Die Ausmerzung der Anarchie aus dem ökonomischen Leben soll durch Schaffung von einheitlichen Zentralstellen für jedes einzelne Gebiet geschehen, wobei eine eigene wirtschaftliche Politik seitens der einzelnen Ressorts vollkommen beseitigt werden muß (ein Beispiel geben die Mitteilungen, über die Erteilung von großen Konzessionen seitens des Kommissariats der Verkehrswesen oder die selbständige Finanzierung von industriellen Unternehmungen durch die Militärverwaltung usw.). Im speziellen ist die Ausführung von staatlichen Arbeiten zwecks Hebung der produktiven Kräfte des Landes gemäß einem einheitlichen, beständigen Arbeitsplane notwendig (ein großangelegter Schiffbau in Petrograd, die Elektrifizierung des Petrograder und Moskauer Industriezentrums und Eisenbahnes, in allererster Reihe die Rekloration von Millionen von Dehntainen in Gorkupland, die Ausführung des Wolga-Donkanals, die Erschließung des Ural, die endgültige Herstellung der Westsibirischen und anderer in Bau befindlichen wichtigsten Eisenbahnen, die Entwicklung des Auswerg-Streikohlebedarfs, Bewässerungsanlagen in Turkestan zwecks Sicherstellung der russischen Textilindustrie — alles in allem für des erste Jahr mehr als 1 1/2 Milliarden).

12. Allmählich soll eine staatliche Bewirtschaftung des Ackerbaues eingeführt werden, in erster Reihe durch Organisation von staatlich ausgeführten Ausbauten auf dem unbesetzt gelassenen Feldern der konfiszirten Güter, ebenso durch Nationalisierung der Zuckerpflanzen usw.

Die deutsche Sozialdemokratie und die internationalen Sozialisten.

Zur Frage der internationalen Konferenz.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat am 26. Juni an Genossen Pranting folgendes für den Genossen Gubmans, als Sekretär des Internationalen Bureaus, bestimmtes Schreiben gerichtet:

Werte Genosse Gubmans!

Ihr Brief vom 10. März ds. Js., den Genosse Pranting am 20. April an uns absandte, ist erst am 3. Juni in unseren Besitz gelangt. Wir hätten gerade wenige Tage vorher von anderer Seite den authentischen Text des Memorandums in englischer Sprache erhalten.

Was nun die Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz nach einem neutralen Lande anbelangt, so sind wir bereit, an einer solchen teilzunehmen, wie wir während des Krieges zu jeder Zeit bereit waren, die Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Zusammenkunft der Vertreter der sozialistischen Parteien abzielten.

Wir halten es für selbstverständlich, daß der Zutritt zu dieser Konferenz den Vertretern aller sozialistischen Parteien offenstehen muß. Insbesondere nehmen wir an, daß die Vertreter der amerikanischen Sozialisten, die auf den letzten Kongress der Internationale stets anwesend waren, eingeladen werden.

Einverständnis sind wir damit, daß die Konferenz nur unter Leitung von Sozialisten neutraler Länder togen kann, weil nur so jeder Schein der Parteilichkeit vermieden werden kann.

Ihr Brief wünscht nun weiter, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands öffentlich eine Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgibt. Die deutsche Partei hat solche Erklärungen bereits mehrfach abgegeben. Sie hat sich durch ihre Redner im Reichstag und in öffentlichen Auftritten stets zu einem Verständigungs-frieden bekannt, der ohne Annexionen und ohne Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker abgeschlossen werden soll. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in ihrem Ihnen bekannten Memorandum zur Friedensfrage eingehend Stellung genommen. Der Würzburger Parteitag hat dieses Memorandum gebilligt. Wir haben keine Ursache, uns von den in Stockholm gegebenen, der Öffentlichkeit in ihrem Wortlaut übermittelten Erklärungen loszusagen.

Im übrigen halten auch wir es für selbstverständlich, daß auf der geplanten Konferenz keine Partei majorisiert werden darf. Die Konferenz kann nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, eine Verständigung herbeizuführen.

Was endlich die Stellung der Partei zu den Offragan betrifft, so haben Sie gewiß in den seit Abendung Ihres Briefes vergangenen Monaten aus den Berichten über die Verhandlungen im Reichstag ersehen, daß die sozialdemokratische Partei bei diesen Verhandlungen ihre sozialistischen Auffassungen mit Entschiedenheit vertreten hat.

Indem wir Ihren Bemühungen um das Zustandekommen einer internationalen sozialistischen Konferenz einen guten Erfolg wünschen, Neben wir

mit sozialistischen Grüßen

der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
gez. Hermann Müller.

Eine Abschrift dieses Briefes ist auch dem Genossen Troelstra übersandt worden.

Französische Stimmen zu den Kanzlerreden.

Die Pariser „Agence Havas“ meldet vom 14. cr.: Die Blätter stellen allgemein fest, daß die Rede des Grafen Hertling kein sensationelles Ereignis darstelle, sondern

lediglich beweise, daß die Politik des Reiches unverändert bleibe, und daß vollkommene Uebereinstimmung herrsche zwischen der Regierung, der Obersten Heeresleitung und dem Reichstag, gegen den, wie „Petit Journal“ sagt, Graf Hertling unzweifelhaft die Parteil gewonnen habe.

„Somme Libre“ fragt, ob Graf Hertling nicht seine letzte Rede für sich gehalten habe. Es sei offensichtlich, daß Graf Hertling's Rede geizig sei. Die Rede spiegelte unbestreitbar das Bedürfnis nach Frieden wider.

Die Blätter besprechen besonders die Stelle, an der der Kanzler erklärte, er sei bereit, sein Ehrerkräftigen Friedensvorschlügen zu laßen und sie in keinem Kreise anzuhören. Sie verurteilen aber scharf, die Entente werde nicht in die Falle gehen, in der sie alle ihre Vorteile verlieren würde, und die vor allem bestimmt sei, die Allierten zu trennen. Der „Neine Kreis“, sagt „Radical“, ist eine veraltete Methode, nachdem alle Völker sich erhoben haben zur Verteidigung des Rechtes. Das Abenteuer Egerin-Bourbon-Karl hat zum Ueberflus erwiesen, daß die Allierten den Vorteil haben, über die Einzelheiten des Friedens ohne Rücksicht öffentlich sprechen zu können, und daß sie davon Gebrauch machen.

„Humanité“ schreibt: Wenn die Allierten in Verhandlungen in beschränktem Kreise in geheimer Form eintreten würden, sozu Graf Hertling sie mit Zustimmung Ludendorffs auffordert, so würden sie sich sehr schnell unter dem Druck eines zweiten Brest-Litovsker Vertrages befinden. Ein gerechter und dauerhafter Friede ist etwas ganz anderes.

„Lanterne“ fragt, ob Clemenceau recht habe, zu sagen, die Deutschen seien nicht so hart, wie man glaube. Unter diesen Umständen sei es offenbar, daß der Kanzler nebenbei so große Furcht vor dem Völkern des Handels wolle.

„Journal“ sagt die Angelegenheit als ein von den Alldeutschen abgegebener offener Eingestandnis ihrer Ohnmacht auf. Diese erwarteten nun von der Hinterlist der Verhandlungen einen guten deutschen Frieden. Sie stellen jetzt die Lösung durch die Gewalt beiseite und stimmen der beiderseitigen Versprechung zu. Das Blatt fügt hinzu: Eben weil sie das unbedingte Vertrauen hat, eines Tages den Frieden diktieren zu können, lehnt es die Entente hartnäckig ab, ihn zu erörtern. Der deutsche Generalstab ist trotz seiner Siege der Zukunft weniger sicher.

„Matin“ stellt gleichfalls fest, daß der Kanzler viel vom Stanhalten und Durchhalten, aber nicht mehr vom Siegen gesprochen habe.

Nach einem Teil dieser Auffassungen wird die Entente demnächst so stark sein, den Frieden diktieren zu können, nach der „Humanité“ aber wäre sie jetzt so schwach, daß sie befürchten müßte, ihr werde der Frieden diktiert werden. Das sind offenbar Widersprüche und Uebertreibungen, in beiden Fällen Vorwände, um auf morgen zu verschieben, was im Interesse der Menschheit schon heute getan werden müßte.

Sowjetkongress und Gesandtenmord.

Moskau, 12. Juli. Die Presse bringt Rundgebungen verschiedener Arbeiterorganisationen und einzelner Parteimitglieder der Linken Sozialrevolutionäre, die die Handlungsweise der Partei bezureiten. Ebenso wird berichtet, daß ein Teil der Linken Sozialrevolutionäre zu den Bolschewiki, ein Teil zu den Rechten Sozialrevolutionären übergegangen sei. „Pravda“ veröffentlicht folgende Entscheidung des allrussischen Sowjetkongresses: Die Organisatoren und Teilnehmer am Gesandtenmord und den Aufständen haben ihre Stellung als Kätepartei und die amtliche Stellung ihrer Mitglieder mißbraucht. Der Kongress verlangt

strenge Bestrafung der Verbrecher.

Die Sowjetteile der Linken Sozialrevolutionäre sind solidarisch mit den Verbrechern. Für solche Organisatoren ist kein Platz in den Deputiertenkörnern. Die Hauptaufgabe der Kätegewalt ist die Erhaltung des Friedens. Nur im Falle eines fremden Vormarsches ist es Pflicht aller Arbeiter, Bauern und ehrlichen Bürger, das Land gegen die Imperialisten zu verteidigen.

Moskau, 13. Juli. Briefmeldungen zufolge sind Ewran und Bugulj von den Kätegruppen genommen, die auf Stawropol vorrückten.

Der Abschnitt Nikolajewsk befindet sich gleichfalls in der Hand der Regierungstruppen.

Au der Front Tscheljabinsk und Jekaterinburg wird von Unzufriedenheit der tschechischen Truppen mit ihren Führern berichtet.

Aus Sibirien wird berichtet, daß sich die Verhandlungen zwischen der sibirischen Regierung und Japan wegen zu schwerer Bedingungen, die Japan für seine Hilfe stellt, hingezien.

Die Sitzung des allrussischen Sowjetkongresses am 9. Juli wurde von Trotski mit einem Bericht über die Unterdrückung des Aufstandes der Linken Sozialrevolutionäre eröffnet. Er führte aus, daß kein denkender Bauer, Arbeiter und Soldat der Krieg mit Deutschland neu zu beginnen wünscht.

Kriegsreden am französischen Nationalfest.

Eine besondere Farbe empfing das am Sonntag gefeierte französische Nationalfest durch Verbrüderungsreden, die von italienischen und französischen Politikern gehalten wurden. Der von italienischen Rednern angeschlagene überströmende Ton des Gelobnisses der Treue auf immer, soll von den französischen Politikern nach einer Verner Wolff-Meldung nicht beliebt worden sein. Sie sprachen nur von Freiheit der Völker. Den größten Beifall erntete der französische Senator Beranger mit der Erklärung: „Italien verlangt Trentino, Triest und die Adria-Küste, wie Frankreich Elsass-Lothringen fordert. Wir wollen nicht mehr annehmen, aber auch nicht weniger.“

Bei dem Diplomatenempfang im Pariser Stadthaus sagte nach Meldung des „R.A.“ Minister Richon: Frankreich werde nicht kapitulieren, aber jedem Friedensvorschlüge nahertreten, der mit der Ehre der Verbündeten sich vereinbare, deren gerechte Ansprüche befriedige. Der japanische Gesandte Matsui erwiderte als Sprecher des Diplomatenkorps, alle Verbündeten seien für Kriegsfortsetzung.

Auch in London hat eine Feier stattgefunden, die dem Gedank der Verbrüderung mit Frankreich galt. Sie hat immerhin einiges besonderes Interesse. Der Draht berichtet:

London, 14. Juli. Neuter. Zu Ehren Frankreichs fand am Nachmittage eine vom englischen Arbeiterverbande veranstaltete Kundgebung im Hydepark statt. Es wurden Entschuldigungen angenommen, in denen der Entschlus ausgesprochen wurde, mit Frankreich Schalter an Schalter zu kämpfen, bis Eisig-Vollbringen wieder hergestellt und der preussische Militarismus

Der Bezirksvorsteher.

Von Fritz Kohn.

Welche ehrenamtliche Aufgaben ein Bezirksvorsteher der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin vor dem Kriege zu erfüllen hatte, kann hier unerörtert bleiben.

Die Kriegsnöte haben den Bezirksvorsteher vornehmlich in Verbindung mit den Kriegerfrauen gebracht, wovon ihm zweifellos eine weit regere Tätigkeit erwuchs als je vordem.

Als die Kriegsunterstützung bewilligt kommt der Antrag auf Bewilligung der Mietbeihilfe an den Bezirksvorsteher, der nunmehr mit dem Hauswirt oder seinem Vertreter wegen des Mietnachlasses zu verhandeln hat.

Angewiesen hat man auch an zutunlicher Stelle eingeschrieben, daß es unbillig ist, die Mietbeihilfen überhaupt zu verweigern, wenn der Hauswirt keinen Nachschuß gewährt.

Von der Pfrichtigkeit, sich trotz unterschriebener Zusicherung eines Mietnachlasses durch eine besondere Vereinbarung mit der Unterstützung, die Zahlung auch des finanziellen Nachlasses oder eines Teils desselben zu erreichen, sind die Hauswirte nach unangenehmen Erfahrungen mit den Unterstützungskommissionen abgekommnen.

Beantworte eine Frau in besonderer Notlage eine Beihilfe zur Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidungsstücken oder sonst einer größeren Auswendung die Zahlung einer einmaligen Extrazahlung, wird wieder erst der Bezirksvorsteher in Bewegung gesetzt, um nachzuprüfen, ob das Verlangen begründet und berechtigt ist.

Wird ein Kriegsteilnehmer zur Arbeit beurlaubt, ist die Unterstützung wieder abzuhängen. Wurde bis dahin Zubill Unterstüttung erhoben, entsteht die Frage der Rückzahlung.

Stützungsbetrag abgesetzt, es sei denn, daß es noch länger zur Schule geht oder in die Lehre gefommen ist.

Eine besonders unangenehme Aufgabe ist dem Bezirksvorsteher neuerdings zugewiesen worden. Wenn eine Kriegerfrau ihre Unterstützung nicht persönlich abhebt, dann wird die damit Beauftragte nach der Ursache befragt.

Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 1,80 M. an den Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat August zu sichern.

gierter wie schwere Muskelarbeit erfordern besondere Aufwendungen, im einen Falle für Kleidung im anderen für Nahrung.

Roch manches wäre von der Tätigkeit des Bezirksvorstehers in dieser Beziehung zu erwähnen, doch dürfte das hier gegebene Bild erkennen lassen, daß seine Tätigkeit nicht nur in den Händen von Hauseigentümern und sonstigen wohlhabenden Herren ruhen dürfte, sondern auch in der Friedenszeit mit an Männer übertragen werden müßte.

Groß-Berlin

Die Vorarbeiten für den Berliner Haushaltsplan 1919 sollen nach einer Verlesung des Berliner Magistrats jetzt in Angriff genommen werden. Der Voranschlag ist nach den bisherigen Bestimmungen anzustellen und zwar unter Berücksichtigung der herrschenden Marktpreise.

Bezüglich der Aufstellung des Haushaltsplanes hat der Magistrat eine neue Anweisung an sämtliche Verwaltungen und Werke erlassen, der wir folgendes entnehmen: „Die infolge der langen Dauer des Krieges zu einer außerordentlichen Höhe angewachsenen Mehrausgaben machen besondere Umsicht in der Vorbereitung des Stadthaushaltsplanes notwendig.“

Immer noch keine Kohlen!

Am Sonntag wiesen wir in Nr. 191 erneut darauf hin, daß die von dem Kohlenverband Groß-Berlin immer wieder an die Kohlenkunden gerichtete Mahnung „Holt Eure Kohlen jetzt ab!“ noch gar nicht mal überall befolgt werden kann.

aber auch ihnen hatte sie bisher nicht helfen können. Wenn man die Kundenzahl jedes dieser Händler auf etwa 850 annimmt, ergibt das allein in dem Bezirk Berlin-Nord weit über 8000 Kunden, die beim besten Willen die Mahnung „Holt Eure Kohlen jetzt ab!“ nicht befolgen können.

„Soldaten-Tabak“.

Der Held des unter dieser Überschrift in Nr. 173 des „Vorwärts“ veröffentlichten Gedichts hat, wie uns zahlreiche Zuschriften lehren, die verständnisvolle Teilnahme vieler Feldgrauen gefunden, die die Wirkungen dieses herrlichen Tabakaromas gleichfalls an eigenen Leide verspürt haben.

Leider können wir diesen Rat sowie auch den weiteren freundlichen Wunsch des Dichters, daß wir seine Sendung „in vollen Zügen“ genießen mögen, nicht befolgen, da wir vorläufig vom ersten Versuch noch genug haben.

Dunkle Erbsen.

Unter den jetzt verteilten Erbsen sind auch graue, braune und schwarze, die von vielen Käufern mit Mißtrauen und Widerwillen entgegengenommen werden. In Berlin kennt man solche Erbsen wenig, so daß mancher geneigt ist, sie für Viehfutter zu halten.

Ziegen- und Geflügelwurst gehören zu den Ersatzlebensmitteln.

Nach der Bekanntmachung über die Jugendbeihilfe zu den Ersatzlebensmitteln, deren Herstellung und Vertrieb jetzt bekanntlich von einer besonderen Genehmigung abhängig ist, gehören Würste und Salze aus Ziegen-, Kaninchen- und Geflügelfleisch zu den Ersatzlebensmitteln.

Kein Verkauf von Früchten auf dem Galm.

Die Reichsgetreideordnung für 1918 enthält die neue Bestimmung, daß vor der Trennung vom Boden Kaufverträge über Früchte oder andere auf Veräußerung oder Erwerb von Früchten gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden dürfen, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erteilt hat.

Eine neue Heimstättenfiedlung für Spandau.

Zu den Bestrebungen der Spandauer Stadtverwaltung und des dortigen Bauvereins, sowie der Aktiengesellschaft Waldsiedlung auf Errichtung von Kleinwohnungen, hat sich eine neue Baugenossenschaft gestellt, die unter der Bezeichnung „Heimstätten der Artillerie-Bezirk Nord in Spandau“ auf Anregung der Direktion der Artillerie-Bezirk Nord gegründet worden ist.

Zum Spargzwang der Jugendlichen.

Die zahlreichen Anträge auf Auszahlung von Sparguthaben haben, wie wir bereits mitteilten, das Oberkommando veranlaßt, den Sparfreien Wochenberdienst der Jugendlichen auf 80 M. zu erhöhen.

An jugendliche Personen beiderlei Geschlechts darf bis zu ihrem vollendeten 18. Lebensjahre von ihrem baren Arbeitverdienst, gleichgültig ob dieser nach Zeitlohn, Stücklohn oder auf andere Weise berechnet ist, für jede Woche nicht mehr als sechsunddreißig Mark und

Eine ideale Steuer.

Der erlösende Vorschlag.

Da zupfen Reichstag und Regierung um die Wette an dem verhängenden Güter der wirtsch. Steuerkraft. Noch drei lumpige Milliarden soll das nationale Wirtschaftsergebnis...

Aus purem Mitleid will ich mein Geheimnis verraten, obwohl meine früheren Kriegsvorschläge, wie die Verzehrung der Wägen, die Einführung der Geldkarte...

Bitte, nach ein klein wenig Geduld. Zunächst das Grundfahliche. Die Regierung wälzt die neue Steuerlast auf den Konsum und behauptet, diese Steuern empfinde niemand hart...

Rund aber schlage ich noch obenrein eine progressive Staffelung der Steuer vor. Hier die Grundgedanken: Alle Annerionspläne auf Land sind steuerpflichtig...

Da nun aber alle richtigen Annerionspläne erst bei einer Million Quadratkilometer anfangen, so werden Steuererträge von 5 Millionen Mark und darüber für den Annerionsplan gar keine Seitenzahl sein...

Aber diese Steuer ist erst die Hälfte meines Planes. In ihr kommt die Kriegsschadigung-Ergänzungsteuer nach folgenden Grundsätzen: Wer eine Kriegsschadigung fordert, hat sofort einen bestimmten Prozentsatz der verlangten Summe als Steuer an das Reich abzuführen...

Beide Steuern zusammen bringen demnach mindestens 100 bis 200 Milliarden ein. D. h. sie decken bequem Deutschlands Kriegsschuld. Während sich jetzt Finanzminister und Reichstag nur um die Aufbringung der Zinsen die Haare ausraufen...

Dabei hat meine Steuer den Vorzug, daß ihre Einführung auf so gut wie gar keinen Widerstand stoßen würde.

es auf dieses kleine Opfer für ihre großen Pläne sicher nicht ankommen wird, da sie ja sogar unter bester Volkshilfe dafür opfern wollen.

Also bitte, Graf Kochern, retten Sie das Reich und besteuern Sie die Annerionspläne!

Aus Ostkareliens Kultur und Geschichte.

Ostkarelien das finnische Hinterland mit seiner vorwiegend rein finnischen Bevölkerung, das zwar noch an Rußland gebunden ist, aber die Vereinigung mit den kulturverwandten Stammesgenossen ersehnt...

Unter den neuen Herrschern aus dem Stamme Rußs gelangten die Karelier zunächst zu großer Macht. Ihr Reich verbreitete sich über Finnland hin bis zum baltischen Meerbusen...

Ostkarelien aber schmachtete von nun an ganz unter der russischen Herrschaft, die der Kultur und Wirtschaft keine Entfaltung gestattete. Das Land mit seinem ungeheuren Holzreichtum, mit seiner Fülle von Tieren und Fischen...

die die finnisch sprechende Bevölkerung in Ostkarelien möglichst niedrig angab, stellte 1907 108 778 Einwohner mit finnischer Muttersprache fest.

Beeinflussung der Regenmengen durch Elektrizität.

Wie die englische Zeitschrift "Electrical Review" berichtet, sind in Australien von dem Techniker Palfrey mit Unterstützung der Regierung seit fünfzehn Jahren Versuche zur Beeinflussung der Regenmengen mittels Elektrizität gemacht worden...

Die von der Erdoberfläche verdunstende Feuchtigkeit steigt in die Luft, wo sie, je nach ihrer Dichte, Dampf, Nebel oder Wolken bildet. Hierbei werden die Wassertröpfchen mit atmosphärischer Elektrizität geladen...

Ist nun die ausgebildete Wirkung der Erdlektrizität geglättet, so wird die Verbindung des Leiters mit den Wassertröpfchen eine Verbindung der Wassertröpfchen stattfinden...

Die Versuche sollen die normalen Regenmengen der Versuchsfelder um 50 bis 70 v. H. erhöht haben. Eine Vorrichtung, die auch die Aufmerksamkeit der beteiligten landwirtschaftlichen Kreise rufen würde...

Notizen.

Der Schriftsteller Alfred Bratt ist in Berlin im Alter von 27 Jahren an einer Augenentzündung gestorben. Als vielseitiger Journalist war er den Lesern bekannt.

In der Treptow-Sternwarte finden während der Schulkferien Sondervorlesungen zu halben Klassenpreisen statt. Donnerstag, 8 Uhr und Dienstag, 7 Uhr: "Verwechslung der Zeiten".

Eine Stadt zu verkaufen. Daß eine ganze Stadt auf einmal verkauft wird, das ist wohl in keinem anderen Lande möglich, als in England...

Lodz. Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

"Ich komm' gleich, will mir zum Vater reinschauen." Sie entfernte sich und ging aus dem mit elektrischen Lüftern beleuchteten Vorraum nach oben...

In der Mitte des Zimmers sah Schaja Mendelsohn, in zirkelnde Gewänder gehüllt, den linken Arm entblößt und mit Nerven umwickelt.

In zwei Fenstern standen zwei alte, weißbärtige Synagogenjäger, in ebensoviele rituellen, schwarz-weiß gestreiften Umhängungen, und verniechten sich fortwährend...

Die Stimmen schwellen an in Alogen und Schmerz und tönten wie die Stimmen kupferner Vasallen in schreiender Begeisterung...

Die Stimmen schwellen an in Alogen und Schmerz und tönten wie die Stimmen kupferner Vasallen in schreiender Begeisterung...

Die Stimmen schwellen an in Alogen und Schmerz und tönten wie die Stimmen kupferner Vasallen in schreiender Begeisterung...

Die Stimmen schwellen an in Alogen und Schmerz und tönten wie die Stimmen kupferner Vasallen in schreiender Begeisterung...

Die Stimmen schwellen an in Alogen und Schmerz und tönten wie die Stimmen kupferner Vasallen in schreiender Begeisterung...

Die Stimmen schwellen an in Alogen und Schmerz und tönten wie die Stimmen kupferner Vasallen in schreiender Begeisterung...

Die Stimmen schwellen an in Alogen und Schmerz und tönten wie die Stimmen kupferner Vasallen in schreiender Begeisterung...

Schaja sah in der Mitte des Zimmers; ihm gegenüber lag ein großes Sofa, durch das seine Blide flogen und an die riesigen Fabrikmauern sich klammerten...

Schaja betete innig, konnte aber auch nicht für eine Weile seine Blide von diesen mächtigen Mauern wenden...

Die Sänger packten ihre Vespertücher in Samtsäcke ein, auf denen goldgestickte hebräische Zeichen schimmerten.

"Hier hast du einen Rubel, Mendel." Er gab dem Mann ein silbernes Geldstück, das der Sänger sorgfältig am Fenster prüfte.

"Sieh's dir nur an, das ist ein echter Rubel! Und dir, Abraham, dir zahl' ich heute nur fünfundsiebzig Kopelen..."

Rit Augen voller Tränen und Ekstase blickte jener Schaja an, nahm die Rolle Kupfermünzen, sagte leise den Gruß und verschwand geräuschlos.

Rosa stand die ganze Zeit über an der Tür. Sobald die Sänger fortgegangen waren, drückte sie auf den Knopf, und das elektrische Licht überflutete das Zimmer.

"Rosa!" "Draußt du etwas?" fragte sie, sich zum Vater sehend. "Nein. Deine Güste, sind sie gekommen?"

"Alle sind da." "Unterhalten sie dich gut?" "Er streichelte ihr das Haar. "Nicht besonders, selbst Müller ist heute langweilig."

"Warum behältst du sie, wir können uns doch lustige Gäste leisten. Wenn du willst, so geb' ich Stanislaw den Auftrag, er soll welche suchen..."

"Ein Arzt, so ganz anders, gar nicht Lodzgermensch, er hat eine aristokratische Familie, seine Mutter ist eine geborene Gräfin, er hat Wappen."

"Nur hat er nichts, worauf er sie tragen könnte. Gefällt er dir?" "So ziemlich, weil er den unfrigen gar nicht ähnlich und sehr gelehrt ist."

"Er hat ein Buch geschrieben, für das ihm eine Unterschrift in Deutschland eine goldene Medaille gegeben hat."

"Eine große Medaille?" "Ich weiß nicht." "Sie zuckte verächtlich die Achseln."

"Wir werden einen Arzt fürs Spital brauchen, ich würde ihn nehmen, wenn er so gelehrt ist."

"Zählst du viel?" "Ich zähle. Aber darum handelt es sich hier nicht. Er würde eine große Praxis haben und meiner Firma dienen..."

"Ich habe dir gesagt, Rosa, daß Borowiecki ein Mann von Unholz ist, und Buchholz ist und allem, was ihm gehört, wünsche ich alles Unglück..."

"Er ist doch Pole." "Ein Pole, schöner Pole! Als er seine Waren zu drucken angefangen hat, hat man mir die Hälfte meiner Waren aus Rußland zurückgeschickt..."

"Er ist doch Pole." "Ein Pole, schöner Pole! Als er seine Waren zu drucken angefangen hat, hat man mir die Hälfte meiner Waren aus Rußland zurückgeschickt..."

"Er ist doch Pole." "Ein Pole, schöner Pole! Als er seine Waren zu drucken angefangen hat, hat man mir die Hälfte meiner Waren aus Rußland zurückgeschickt..."

"Er ist doch Pole." "Ein Pole, schöner Pole! Als er seine Waren zu drucken angefangen hat, hat man mir die Hälfte meiner Waren aus Rußland zurückgeschickt..."

"Er ist doch Pole." "Ein Pole, schöner Pole! Als er seine Waren zu drucken angefangen hat, hat man mir die Hälfte meiner Waren aus Rußland zurückgeschickt..."

"Er ist doch Pole." "Ein Pole, schöner Pole! Als er seine Waren zu drucken angefangen hat, hat man mir die Hälfte meiner Waren aus Rußland zurückgeschickt..."

"Er ist doch Pole." "Ein Pole, schöner Pole! Als er seine Waren zu drucken angefangen hat, hat man mir die Hälfte meiner Waren aus Rußland zurückgeschickt..."

Fortf. folgt

vollständig vernichtet sei. Die Redner wiesen den Gedanken zurück, mit den feindlichen Sozialisten Besprechungen auf der Grundlage ihrer Antworten auf die Kriegsziele der Arbeiterkonferenz der Alliierten anzuknüpfen.

Eine zu Ehren der Alliierten veranstaltete sozialistische Kundgebung am Trafalgar Square, an der die Sozialistenführer Tillet, Thorne, Gindman und Vertreter des Amerikanischen Sozialistenverbandes teilnahmen, nahm eine beifällig begrüßte Entschließung an, in der erklärt wird, daß die Arbeiter von London sich jedem Frieden widersetzen, bis die Hohenzollern und Habsburger militärisch vernichtet seien. Trotzdem sie einen Frieden ohne imperialistische Erweiterungen und Kriegsschadigungen wünschten, so verführten sie doch, daß kein Frieden ohne volle Entschädigung für die von den Deutschen angerichteten Verwüstungen und den Wiederaufbau der Gebiete der niedergeworfenen Nationen ansprechend sei. In diesem Sinne wurden Botschaften an Clemenceau und Wilson abgefaßt.

Der Sozialist Thorne erklärte, es sei klar gewesen, daß Troelstra der Pazifismus verweigert worden sei, denn es sei sicher, daß Troelstra im heimlichen Einverständnis mit dem deutschen Auswärtigen Amt sei. Ein Dokument, das im Juni 1917 in die Hände der englischen Regierung gefallen sei, beweise das. Gindman verlas einen Brief von Clemenceau, in dem dieser sagt, die Opfer, die die Franzosen brachten, seien fürchterlich, aber der Sieg sei gewiß, wenn nur die freien Völker sich gegen die Barbaren verbänden.

Es handelt sich hier um eine Kundgebung der nationalistischen rechten Gruppe der britischen Arbeiterbewegung, die im Verlauf des Krieges unter Führung des greisen Gindman und des Will Thorne als nationaler Arbeiterverband organisiert wurde, um der imperialistischen Politik einen sozialistischen Helfer zu geben. Die Gruppe führt eine unbeschränkte und unerschleierte Kriegstreiberpolitik, will den Verschleierungskrieg, den Lloyd George proklamierte, und weist die Konzessionen an den Verhandlungsgedanken, zu denen die englische Arbeiterpartei sich in Rücksicht auf den Druck der kriegsmüden Massen bequemen mußte, mit schroffem Widerspruch ab. Daß diese Gruppe Hand in Hand mit angeblichen amerikanischen Sozialisten, in diesem Falle also Anhängern einer erbitterten Weiterführung des Krieges, paradiert, gehört ebenso zum Bild wie der Clemenceau-Brief, der verlesen wurde, und wie der verdächtigende Anwurf gegen Troelstra, aus dessen Munde eben erst Worte einer Auffassung der Neutralität gingen, die das, was ihm vorgeworfen werden soll, völlig ausschließen. Doch Troelstra bedarf keiner Verteidigung. Der brutale Bekennermut, der sich nicht scheut, die Pazifismusverweigerung zu betonen, richtet sich selbst und brandmarkt auch diesen Vorstoß gegen den Mann, in dem der proletarische Vermittlungsgedanke seine reine und starke Verkörperung hat.

Der Amerikaner-Flug gegen Koblenz.

Berlin, 15. Juli. W. T. V. Auch das sechste und letzte Flugzeug des zum Angriff auf Koblenz angefertigten amerikanischen Geschwaders i. in unsere Hand gefallen. Damit ist das gesamte Geschwader, dem es nicht gelang, auch nur eine einzige Bombe abzuwerfen, oder sonst irgendwelchen Schaden anzurichten, dank unserer Abwehrmaßnahmen restlos vernichtet worden.

Amerikanische an deutsche Frauen.

Dem deutschen Frauenstimmrechtsbund ist dieser Tage folgende Resolution der nationalen Frauenpartei der Vereinigten Staaten zugegangen:

Da die Stimme deutscher Frauenorganisationen, welche nachdrücklich in ihrem Vaterlande ihre politischen Rechte fordern, bis zu uns gedrungen ist und durch die ganze Welt schallt, würdigen wir, in einer Massenversammlung zu Chicago versammelten Frauen, ihren tapferen Schrei um Gerechtigkeit, einen Schrei, der nicht erstickt werden soll in allem Getöse dieses schreckensvollen Kampfes der Welt.

Wir begrüßen ihre Kundgebung für eine Demokratisierung, da sie vielleicht ein heilbringendes Ergebnis dieser Jahre entwerfenden Kampfes, Terrors und Opfers bedeutet, und wir wünschen, daß diese Neuerung der Sympathie irgendwie zu ihnen gelangen möge.

Die Resolution wurde am 24. Januar gefaßt. Es hat also fast ein halbes Jahr gedauert, bis der Wunsch, diese Neuerung der Sympathie möge irgendwie nach Deutschland gelangen, in Erfüllung gegangen ist!

Vertagung des Maloh-Prozesses. Laut „Lemps“ wird in der Senatssitzung vom 16. Juli vorübergehend ein Antrag angenommen werden, wonach die Verhandlungen des Maloh-Prozesses auf Oktober vertagt werden. Von der Anklage sind 48 Reugen geladen. Die Verhandlungen dürften wahrscheinlich 20 Sitzungen in Anspruch nehmen. Der Senat wird deshalb zweimal täglich vormittags und nachmittags Sitzungen abhalten.

Russischer Staatshaushalt. Moskau, 12. Juli. (W. T. V.) Auf dem 7. Russischen Solowjowkongress ist eine ausführliche Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben der Russischen Republik für das erste Halbjahr 1918 veröffentlicht worden. Die Einnahmen sind um 300 Millionen höher als im ersten Halbjahr 1917. Für Krieges-, Demobilisations- und Kriegsfolgelosen sind 4 Milliarden 600 Millionen Rubel herausgegeben, während diese Ausgaben im Jahre 1917 fast 23 Milliarden Rubel betragen. Die Totalsumme der gewöhnlichen und außergewöhnlichen Ausgaben für das erste Halbjahr, einschließlich Krieges-, Demobilisations- und Kriegsfolgelosen beträgt 17 Milliarden Rubel.

Finnland und die Juden. Der Stockholmer finnische Botschafter Grönberg hat aus Anlaß einer Pressenotiz über eine angeblich bevorstehende Ausweisung der Juden aus Finnland das Soestische Telegrammbüro zu der Erklärung ermächtigt, daß irgendwelche Verdrängung von Juden aus Finnland weder vorgekommen ist noch jemals beabsichtigt war.

Um Belgien.

Die Erklärungen des Kanzlers werden in der alldeutschen Presse eifrig weiter kommentiert. Der „Reichshof“ zieht plump vom Leder und führt alle Gründe an dafür, daß wir einfach verloren sind, wenn wir Belgien nicht fest in der Hand behalten. Während die „Berliner Neuesten Nachrichten“, alldeutsche Möglichkeiten in die Kanzlerworte hineinzulisten, erhebt die „Deutsche Zeitung“ gerade gegen die Unklarheit Hertlings ihren Unwillen:

„Die Unklarheit über die Haltung, die die Reichsregierung wirklich in der belgischen Frage einnimmt, ist durch die Kanzlererklärungen nicht beseitigt. Aus diesen Erklärungen kann jedes das herauslesen, was er in sie hineinlegen wünscht. Ob der Kanzler wirklich glaubt, daß er einer klaren Entscheidung auf die Dauer ausweichen kann, wissen wir nicht. Unserer Ansicht nach wird er einer offenen, ungewissen-

Burian über Bündnis und Kriegsfragen.

Wien, 15. Juli. Eine den beiden Ministerpräsidenten (dem österreichischen und dem ungarischen) vom Minister des Reichern zugegangene Mitteilung über seine Auffassung der auswärtigen Lage befaßt unter anderem:

In den gegnerischen Kriegszielen erkennen wir drei Gruppen von Bestrebungen, mit denen versucht wird, das Fortschreiten des Blutvergießens zu beschleunigen; Freiheit aller Völker, die einen Weltbund bilden und ihre Streitigkeiten künftig schiedsgerichtlich austragen. Zweitens: jede gegenseitige Beherrschung müsse ausgeschlossen sein. Drittens: Gebietsveränderungen auf Kosten der Mittelmächte, außerdem insbesondere bezüglich Österreich-Ungarns innere Zerstückelungen zum Zweck der Bildung neuer Staatswesen.

Sachlich stehen zwischen den Kriegführenden Parteien eigentlich nur die Ziele territorialer Natur. Für Gerechtigkeit, Freiheit, Ehre, Völkerverständnis und Gleichberechtigung als Gebote einer zeitgemäßen politischen Auffassung wollen wir uns selbst einsehen; auch bezieht in diesen allgemeinen Grundfragen kaum ein Unterschied. Auch den neuen vier Punkten Wilsons werden wir warm zustimmen können. Wir sind immer bereit, mit allen Feinden in Friedensverhandlungen einzutreten. Sühne für getanes Unrecht können wir ihnen gegenüber mit viel mehr Recht verlangen, denn wir sind die Angegriffenen.

Ueber das Bündnis mit Deutschland sagte Burian:

Die ins Gemeinbewußtsein gedungenen Erfahrungen aus langer Bündniszeit veranlassen uns zu einem Ausbau des Bündnisses streng im Geiste des alten Vertrages, im Einklang mit den Wünschen der überwiegenden Massen ihrer Völker in betriebliger Lösung aller aus dem Kriege entstandenen Fragen. Der neue Bündnisvertrag soll die vielfachen wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen den veränderten Verhältnissen anpassen, sowie die mit der Wiedergeburt Polens zusammenhängenden Fragen unter Rücksichtnahme auf die Wünsche der Bevölkerung lösen. Ueber den Verhandlungen schwebt als oberster Grundsatz die Souveränität, die volle Parität und Unabhängigkeit der vertragschließenden Mächte. Das Bündnis soll auch künftighin gegen niemand eine Bedrohung oder eine Unfreundlichkeit bedeuten.

ligen Erklärung aber nicht mehr lange aus dem Weg gehen können.

„Kronzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ und „Post“ befürchten die Aufgabe der Flamenpolitik und halten das Ganze für ein von der Sozialdemokratie erzwungenes Zugeständnis. Graf Reventlow erklärt:

Die Ausführungen des Kanzlers beider Tage sind durch den Druck der Sozialdemokratie und die Furcht vor ihr hervorgerufen worden. Das ist der eigentliche Kernpunkt der ganzen Sache. Diese Angst scheint in Deutschland also nunmehr unverändertlich den maßgebenden Einklag der politischen Weltanschauung und Ziele bilden zu sollen. Man wird weit damit kommen. Die fortwährende Berufung des Kanzlers auf die Oberste Heeresleitung wird am Endergebnis nichts ändern. Ein selbständiges Handeln und Wollens ist nur unter deutschem Kurs denkbar. Der belgische Staat und die jetzige Dynastie sind im Laufe des Krieges zu einer Verankerung zu einem Symbol des Zusammenschlusses unserer Freunde geworden und nicht ihren Anhängern mit Ochs und Pflugschiff angefüllt. Dem kann nur durch Teilung und durch die Entfernung der Dynastie und durch paritätische Pflege und Entwicklung der beiden Stämme unter deutschem Schutze begegnet werden.

Voraus u. a. die schon anlässlich des Rumänienfriedens zutage getretene Tatsache erhellt, daß gewissen Leuten Prinzipien schon nicht mehr heilig sind, wenn sie in anderer Leute Stuben hängen.

Amsterdam, 15. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus London: Die englischen Blätter vergleichen die Reden Hertlings und Lloyd Georges und sagen etwa: Die allgemeine Richtung der Politik Hertlings ist klar, er würde gern die Freiheit des Handels im Osten erlangen, um seine Macht im Westen auszumachen. Er vergißt dabei, daß Präsident Wilson und die britischen Arbeiter diesen Plan schon längst durchschaut und rundweg erklärt haben, daß dies ganz unzulässig sei. Sie lehnen es ganz und gar ab, Belgien oder die besetzten Gebiete von Frankreich als Pfländer anzusehen. Lloyd George und Wilson haben der Welt ganz klar mitgeteilt, was wir wollen. Die letzten Reden in Berlin zeigen nur, woran Deutschland sich gern klammern oder was es als Reserve behalten möchte, je nachdem die Friedensverhandlungen in seine Politik passen oder nicht. Die Blätter schließen damit, zu erklären, daß der Krieg nicht früher aufhören werde, als bis der deutsche Kanzler sage, daß Deutschland bereit sei, für Belgien Schadenersatz und Sühne zu leisten.

Stockholm, 15. Juli. Die Erklärungen des Reichskanzlers zur belgischen Frage finden in der schwedischen Presse größte Beachtung, sogar „Socialdemokraten“ gibt zu, Graf Hertlings Worte seien insofern bedeutend, als sie klar ausprechen, was man aus früheren dunklen Äußerungen über Deutschlands Haltung gegenüber der gleichen Frage herauslesen zu können glaubt, daß werde man von der Entente aus geltend machen, daß die belgische Frage eine Rechtsfrage sei, die ganz außerhalb jedes Tauschhandels stehe. „Dagens Nyheter“ bebauern den Zufall über Belgien als Pfand, da auch nach ihrer Meinung diese Anschauungsweise von der gegnerischen Seite niemals werde gebilligt werden. Auf jeden Fall könne man jedoch nicht leugnen, daß Graf Hertlings Äußerungen einen Schritt vorwärts bedeuteten. „Dagens Nyheter“ schreibt, selbst wenn noch immer zwischen der deutschen Auffassung und der der Entente über die belgische Frage bedeutende Verschiedenheiten bestehen, muß man doch auf Seiten der Entente, falls man aufrichtig sein will, konstatieren, daß die Äußerung des Reichskanzlers einen bedeutungsvollen Schritt im Sinne des Gegenseitigen bildet. Graf Hertlings Erklärungen wurden nach seiner Rückkehr vom Hauptquartier abgegeben, sie gehören auch zu jener Politik, in bezug auf welche er sich die Übereinstimmung des Admirals v. Dingeldeyer, und man dürfte daher für bemerken halten, daß sowohl der neue Minister des Reichern wie auch die Oberste Heeresleitung hinter Hertlings Erklärungen stehe.

Herrenhaus und Wahlrecht.

Es gibt keinen Wahlrechtsfreund, der seine Hoffnungen bei der Erlangung eines befriedigenden preussischen Wahlrechts auf das Preussische Herrenhaus gesetzt hätte. Trotzdem ist die preussische Regierung in ihren Wahlrechtsnotizen in dieses Haus geschlüchtet. Wie man sie und das preussische Volk dort voraussichtlich behandeln wird, darüber werden dem „Berliner

Tageblatt“ aus anscheinend wohlinformierter Quelle diese Eröffnungen gemacht:

Der Herr Ausschuss des Herrenhauses soll, soweit bisher feststeht, am 4. September seine Arbeiten beginnen. Schon heute kann indessen gesagt werden, daß das Wahlgesetz in der Form, wie es vom Abgeordnetenhaus herübergekommen ist, keine Aussicht auf Annahme hat. Soviel man jetzt übersehen kann, stehen sich im Herrenhaus zwei Strömungen gegenüber: eine, der jede „Demokratisierung“ nach wie vor ein Dorn im Auge ist, und die insoweit noch weitergehende „Sicherung“ verlangt, und eine zweite Strömung, die Härtere von den beiden, die ein neues Kompromiß anstrebt. Diese zweite Richtung, die einen Teil der Rechte und die Mehrzahl der Mitglieder der neuen Fraktion umfaßt, fürchtet offenbar den Einbruch und die Wirkung einer eventuellen Auflösung des Abgeordnetenhauses (on die man auf der rechten immer noch nicht glauben will) und eines möglichen Reichsausschusses. Sie propagiert daher die Anschauung, man könne für die Wahlen zur Zweiten Kammer sehr wohl das gleiche Wahlrecht bewilligen, wenn man nur auf der anderen Seite die Erste Kammer mit ausreichenden Schutzwehren zu umgehen vermöge. Die zweite Richtung würde also das Hauptgewicht auf eine „Verbesserung“ der Herrenhausvorlage legen. Wie die einzelnen Änderungsorschläge aussehen und wie die Ausschüsse des neuen Kompromisses überhaupt sind, darüber läßt sich zur Stunde noch nichts sagen.

Es kann heute schon gesagt werden, daß die Sozialdemokratie und mit ihr gewiß die erdrückende Mehrheit des preussischen Volkes in einem solchen Kompromiß nicht die lokale Durchführung des königlichen Verordnungs, sondern das gerade Gegenteil von ihr erblicken würde. Früher hatte das Abgeordnetenhaus Rechte, und die Wähler hatten keine. Jetzt sollen die Wähler Rechte bekommen, aber das Abgeordnetenhaus soll keine Rechte haben. Es bliebe also in neuer Form bei dem alten Grundsatz: Wählen dürft ihr, aber es nützt euch nichts!

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Erste Maßnahmen des Staatskommissars.

Der Staatssekretär für das Wohnungswesen (dem hochachtbare Leute nachgehen, er habe seine Tätigkeit damit begonnen, daß er sich unter Hinaussetzung seines Vormieters eine sehr bequeme Wohnung verschaffte) hat an die Regierungspräsidenten eine Verfügung gerichtet, in der er die Behörden anweist, auf schleunige Einrichtung von Wohnungsnachweisen in den Gemeinden hinzuwirken. Für Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern besteht nach Artikel 6 des preussischen Wohnungsgesetzes die Verpflichtung hierzu, für kleinere Gemeinden hält der Staatskommissar die Einrichtung ebenfalls für wünschenswert. Erst der An- und Abmeldezwang für die Vermieter werde in Verbindung mit den Ergebnissen der Wohnungszählungen ein zuverlässiges Bild von der Lage des Wohnungsmarktes in den einzelnen Gemeinden geben. Ferner sei jetzt schon ins Auge zu fassen, daß ähnlich wie bei den Arbeitsnachweisen, eine Verbindung zwischen den Wohnungsnachweisen der benachbarten Gemeinden, Bezirke und Provinzen geschaffen werde. Ein Handbändchen der Wohnungs- und der Arbeitsnachweise sei überhaupt zu empfehlen.

Eine nationalliberale Wahlrechtsversammlung verboten. Für den vorigen Sonntag hatte die nationalliberale Partei des Wahlkreises Saarbrücken-Ottweiler-St. Wendel eine Wahlrechtsversammlung einberufen, in der, entsprechend dem Charakter der Partei, die drei Abgeordneten des Wahlkreises, Major Prof. Dr. Herwig (für), Landgerichtsdirektor Graf Juchaczewski, Dr. Carl Schilling und Generalleutnant v. Schuberl (gegen das gleiche Wahlrecht) sprechen sollten. Die Abhaltung der Versammlung ist jedoch von dem zuständigen kommandierenden General nicht genehmigt worden.

Herr v. Gerlach, der schon seit Jahren das sozialistische Parteileben als Fremder von Distinktion interessiert verfolgt, verabschiedet in seiner neuesten „W.-M.“-Veröffentlichung, die Sozialdemokratie habe sich in der letzten Zeit „liberal unterworfen“. Er liefert jedoch ein höchst interessantes Bild zu der Behauptung der Reichspressen, die Regierung habe sich — durch Abgabe der Erklärung über Belgien — der Sozialdemokratie unterworfen. — Nebenher ist der Artikel „Id. dokumentiere mir“ und unterzeichnet H. v. Gerlach. Herr v. Gerlach hat sich allerdings schon sehr oft in seinem Leben demontiert. Früher a. U. verurteilte er die Sozialdemokratie von rechts her zu spalten. Jetzt bemüht er sich an jedem Montag, von links her die Richtungen nur noch gründlicher gegeneinanderzuerheben; trau geblieben ist er sich, rechts und links, allerdings in der Rolle des Jungfalks. Die Rechte hat seinerzeit die intime Einstellung des — wenn seiner monarchischen Gesinnung — nichtsozialdemokratischen Herrn v. Gerlach in alle, auch die besten und schmerzhaftesten Parteiangewohnheiten peinlich empfunden, die Linken schreit heute weniger empfindlich, denn die unabhängige Presse drückt seine Artikel („Selbst der bürgerliche Herr v. Gerlach“ ufm.) freilich nach.

„Überdacht hero weisse Reichsregierung.“ Der Kongress der deutschen Kolonisten der Weltreise hat an Wilhelm II. ein Telegramm gerichtet, worin er „alleruntertänigst seiner Hoffnung Ausdruck gibt, daß es Eurer Majestät und Allerhöchstdencklichen Reichsregierung unter Gottes fernem Segen gelingen möge, den deutschen Kolonisten der Ukraine auch ferner Beistand zu gewähren.“

Den notwendigen Beistand wünscht den armen Leuten natürlich jeder Mensch in Deutschland, eingeschlossen die, die sich nicht enthalten können, über den drohenden Stil dieser Kundgebung ein wenig zu lächeln.

Letzte Nachrichten.

Die Charkiner Regierung des Generals Hornat.

London, 15. Juli. (Reuters.) „Daily Mail“ meldet aus Charkin, daß die Regierung des Generals Hornat aus Arbeitern, Liberalen, Sozialisten und allen führenden Männern des sibirischen Bundes für Handel, Industrie und Ackerbau bestehe. Hornats Regierung darf nicht verwechselt werden mit der sogenannten Regierung des autonomen Sibiriens, die die Volkswirtschaft auseinandertrieb und deren Leiter sein Hauptquartier in einem Eisenbahnwagen aufschlugen hat. Eine andere Sozialistenregierung ist in Kischin entstanden und verhandelt mit den Tschechen-Slowaken.

Corval hat sich im russisch-japanischen Krieg als Organisator der Truppenkonvois auf der Sibirischen Eisenbahn einen Namen gemacht. In seinem Ministerium befinden sich Khorstkin, der in der dritten und vierten Duma Abgeordneter, von Jenissei war, ein Kadet, der großen Einfluß unter den Kosaken von Transbaikalien hat und auch Mitglied der letzten Regierung Semenov war, ferner Trogow, früher Reichsminister im Kabinett Kerenski, Putilow, einer der bekanntesten russischen Finanzleute im alten Rußland, Direktor der Russisch-Japanischen Bank und der Chinesischen Ostbahn, der frühere Militär-Generalmajor von Wladimirov Flug und die beiden Sozialisten Doroziow und Kurozil. Das vorläufige Mitglied der neuen Regierung, Putilow, früher Chef der Schwarzmeer-Flotte, ist jetzt Kommandant von Charkin und der dort stehenden russischen Truppen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitsstelle im Kriegsgebiet.

Bei Arbeiten, die von Bauunternehmern im Auftrage der See- oder Seeverwaltung in den besetzten Gebieten ausgeführt werden, erhalten die Arbeiter in der Regel Befristung, die von der Militärverwaltung geliebert wird. Das ist für großstädtische Arbeiter verlockend, denn sie nehmen an, daß ihnen auf einer solchen Arbeitsstelle eine reichlichere Kost geboten wird, als wie sie sie in der Heimat erhalten können. Doch manchmal bringt die Arbeit im Kriegsgebiet Enttäuschungen, nicht nur bezüglich der Kost, sondern auch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen überhaupt. Der so Enttäuschte kommt in Differenzen mit seinem Arbeitgeber, verläßt die Arbeit und macht seine Ansprüche vor dem heimischen Gewerbeamt geltend.

Einige Klagen dieser Art wurden vor der Kammer 8 des Berliner Gewerbeamtes verhandelt. Zwei Arbeiter aus Hamburg waren von der Berliner Tiefbau-Firma Brandt für eine Arbeitsstelle im Elbaj angenommen. Einer derselben, ein Kriegsschiffbauarbeiter, erkrankte, nachdem er kurze Zeit gearbeitet hatte. Er kam ins Lazarett und als er daselbst nach vierzehn Tagen verlassen konnte, reiste er nach Hause, weil ihm die Arbeit bei seinem geschwächten Gesundheitszustand zu schwer war, und weil seiner Angabe nach die Kost nicht ausreichte, die Schlafstätte schlecht und nach dem Verlassen war. Der Kläger forderte Bezahlung einer Lohnfortzahlung, der Krankheitsstage, der Zeit, wo er auf seine Papiere warten mußte, und Bezahlung der Rückreisekosten, im ganzen 730 M. Die Firma dagegen lehnte nicht nur die Zahlung ab, sondern sie hatte von dem verdienten Lohn auch die Kosten der Heimreise abgezogen, was der Arbeitsvertrag zuließ für den Fall, daß der Arbeiter durch eigenes Verschulden die Arbeit vor Ablauf von 12 Wochen aufgibt. Das Gericht nahm an, daß der Kläger wegen Kranklichkeit nicht imstande war, die Arbeit fortzusetzen, und sprach ihm deshalb die Kosten der Heimreise im Betrage von 30 M. zu. Mit der Rückforderung wurde der Kläger abgewiesen.

Der zweite Kläger beanspruchte ebenfalls die Rückreisekosten sowie Schadenersatz wegen verspäteter Ausbändigung seiner Papiere. Auch in diesem Falle ist das Arbeitsverhältnis vor Ablauf von 12 Wochen gelöst worden, aber nicht durch den Kläger, sondern durch den militärischen Kommanden auf der Arbeitsstelle. Als Grund der von militärischer Seite verfügten Entlassung gab der Vertreter der besagten Firma an: Der Kläger war Mitglied des Arbeiterausschusses, der sich gebildet hatte, um die Mische zu kontrollieren, weil nach Angabe der Arbeiter von den für die Herstellung ihrer Kost von der Militärverwaltung gelieferten Nahrungsmitteln wertvolle Bestandteile, namentlich Fett, von leitenden Personen in der Küche unterschlagen worden seien. Gegen die Tätigkeit des Ausschusses habe das Militärkommando nichts einzuwenden gehabt. Aber der Ausschuss habe sich auch in innere Betriebsangelegenheiten gemischt und zur Arbeitsniederlegung aufgezwungen. Deshalb habe die militärische Leitung die sofortige Entlassung des ganzen Arbeiterausschusses verfügt und der Kläger sei unter militärischer Bedeckung vom Arbeitsplatz entfernt worden.

Die der Kläger behauptet, hat die Einmischung des Arbeiterausschusses in die inneren Betriebsangelegenheiten lediglich darin bestanden, daß der Ausschuss forderte, die sehr dürftigen Schlafstätten sollten verbessert und die unzureichende Heizung sollte vermehrt werden. — Der Verhandlung kam noch nicht zum Abschluß, weil das Gericht Beweiserhebung beschloß.

Mitgliederzunahme im Textilarbeiterverband.

Gleich anderen Gewerkschaften hat auch der Textilarbeiterverband im Jahre 1917 eine erhebliche Steigerung seiner Mitgliederzahl erfahren. Während das Jahr 1916 mit einem Bestande von 56 747 Mitgliedern abschloß, setzte sich am Schluß des Jahres 1917, daß die Mitgliederzahl auf 75 258 gestiegen war. Das ist eine Zunahme von 18 506 Mitgliedern oder 24 Prozent. An der Zunahme sind nur die weiblichen Mitglieder beteiligt. Ihre Zahl betrug von 35 394 auf 55 465, das ist ein Mehr von 20 071. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist dagegen von 21 353 auf 19 793, also um 1565 zurückgegangen.

Lohnbewegungen, die mit wenigen Ausnahmen ohne Streik verliefen, hat der Verband im Jahre 1917 insgesamt 202 geführt. Sie verteilten sich auf 110 Orte, 942 Betriebe und 102 221 Personen waren daran beteiligt. Von diesen gehörten 23 443 dem männlichen, 78 778 dem weiblichen Geschlecht an. Erfolge hatten 100 837 Personen, und zwar wurden für 3180 Personen 10 418 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche und für 100 652 Personen eine wöchentliche Lohnsteigerung von 533 454 M. erzielt. Außerdem wurden für 7948 Personen sonstige Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses durchgeführt.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlin.

Der Schlosserlehrling E. von der Firma Sch. Friedrichsbagen, fordert den Abtritt. Es wird festgestellt, daß seine Lehrzeit am 1. Oktober d. J. abläuft. E. hat aber inzwischen seine Einberufungsbefehle erhalten und die Firma hat aus Entgegenkommen und in der Annahme, daß E. eingezogen wird, den Lehrbrief ausgestellt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie mit der Beendigung der Lehrzeit einverstanden ist. E. ist aber nun nicht eingezogen worden, sondern infolge Zurückstellung zu weiterer Arbeitstätigkeit fähig. Er will aber nun bei der Firma nicht weiter arbeiten, sondern verlangt den Abtritt. Die Firma hat während des letzten Teils der Lehrzeit 24 M. wöchentlich gezahlt. Sie will diesen Satz auf 41,30 M. erhöhen. Trotzdem verlangt E. und dessen ebenfalls anwesender Vater kategorisch den Abtritt. Die Klage wird abgewiesen.

Drei Ankläger von der Firma K. Charlottenburg, verlangen den Abtritt, weil sie sich über eine Lohnzulage nicht verständigen konnten. Es wird festgestellt, daß die Ankläger bereits den Abtritt zugesprochen erhielten, er ist ihnen aber wieder fortgenommen worden. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß jeder der Ankläger eine Lohnzulage von 10 Pf. oder den Abtritt erhält.

Der Hilfsarbeiter B. derselben Firma hat einen Lohnsatz von 1,15 M. für die Stunde. Mit diesem Lohn kann B. nicht mehr auskommen und verlangt deshalb eine Zulage. Es erfolgt eine Verständigung dahingehend, daß B. außer diesem Lohnsatz eine Wochenzulage von 7,50 M. erhält.

400 Lager- und Transportarbeiter und 800 Arbeiterinnen der K. O. Huttenstraße, rufen nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes den Schlichtungsausschuß an, weil die Firma die geforderte Lohnzulage abgelehnt hat. Es wird festgestellt, daß der Lohnsatz der Hilfsarbeiter 90—102 Pf. und in einigen Gruppen bis 110 Pf. beträgt. Die Arbeiterinnen haben einen Lohnsatz von 58 Pf. steigend bis 75 Pf. Die höheren Sätze werden meist durch mindestens einjährige Tätigkeit im Betrieb erreicht. Es wird der Firma ausgegeben, sich über eine zu gewährende Lohnzulage mit den Arbeitern zu verständigen, und deshalb soll nochmals im Betrieb darüber verhandelt werden. Im allgemeinen wird aber anerkannt, daß die Betriebe als nicht ausreichend angesehen werden können.

20 Kernmacher der gleichen Firma rufen den Schlichtungsausschuß an, weil die Firma nur 5 Pf. Lohnzulage für die Stunde geben will. Die Sache hat den Schlichtungsausschuß schon einmal beschäftigt und war damals zur erneuten Verhandlung in den Betrieb zurückverwiesen mit der Mahnung, daß die zu gewährende Zulage vom 7. Juni an gelten soll. Nachdem festgestellt wird, daß die bisher von der Firma gezahlten Lohnsätze nicht den üblichen entsprechen, ergeht ein Schlichtungsbescheid, daß die Kernmacher vom 7. Juni an Zulagen von 10 Pf. für die Stunde erhalten.

820 Zimmerer der H. Adelsdorf verlangen eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses, da ihre Lohnforderung im Betrieb abgelehnt worden ist. Auch diese Sache ist schon einmal ver-

handelt worden. Mit Rücksicht auf schwebende Verhandlungen vor dem Unterausschuß für das Baugewerbe ist die Sache damals vertagt worden.

Die von den Arbeitgebern in Aussicht gestellten Verhandlungen vor dem Unterausschuß haben aber nicht stattgefunden, und deshalb wird die Sache nunmehr erneut verhandelt. Die Zimmerer berufen sich auf einen Schlichtungsbescheid des Einigungsamts des Berliner Gewerbeamtes, in dem die Erhöhung des Grundlohnes von 1,65 M. auf 1,70 M. ausgesprochen wurde und außerdem eine Feuerungszulage von 15 Pf. gewährt wurde, sodas also der Grundlohn einschließlich der Feuerungszulage 1,85 M. betragen soll. Der Schlichtungsbescheid ist von dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe abgelehnt worden, während die Zimmerer denselben angenommen haben. Die Firma beruft sich darauf, daß sie schon mehr zahlt, denn der Verdienst der Zimmerer beträgt hier 1,87 M. Allerdings ist der Grundlohn nur 1,65. Hinzukommt noch eine Entschädigung von Fahr- und Fahrzeit in Höhe von 22 Pf. für die Stunde. Die Entschädigung wird schon seit längerer Zeit gezahlt, und die Firma beabsichtigt, sie in den Grundlohn mit einzurechnen. Eine Verständigung in der Sache konnte im Schlichtungsausschuß nicht herbeigeführt werden, weil unter den Mitgliedern des Schlichtungsausschusses eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Nach festgestellter Stimmengleichheit im Ausschusse mußte die Sache vertagt werden zur erneuten Verhandlung mit einem unparteiischen Vorsitzenden.

Parteinachrichten.

Haftentlassung. Richard Lipinski, der wegen des Januarstreiks seit dem 19. März in Untersuchungshaft saß, ist aus der Haft entlassen worden.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Allgemeine Elektrizitäts A.-G. beschäftigt in Gemeinschaft mit der Felten und Guillaume A.-G., und der Stahlwerk Lindenberg A.-G. und anderen nord- und süddeutschen Eisen- und Stahlbetriebe liquidierte Großunternehmen der lothringischen Montanindustrie aus Feindbesitz zu übernehmen. Der Geschäftsgang bei der A. G. ist sehr gut.

Die Zapfen-Industrie Akt.-Ges. in Berlin weist einen Verlust von 47 672 M. (Ueberschuß im Vorjahre 16 000 M.) aus. Die Verwaltung bemerkt hierzu, daß dieser Verlust entstanden sei, weil der Verkauf der Grundstücke in Chemnitz einen erheblichen Verlust ergeben habe. Im übrigen teilt die Verwaltung mit, daß die Geschäftslage der Gesellschaft nur unwesentliche Veränderungen erfahren habe.

Es wird glänzend weiter verdient.

Die Waggonfabrik Jos. Rathgeber Akt.-Ges. in München-Neofach hat im Geschäftsjahre 1917/18 einen Fabrikationsgewinn von 2 041 102 M. (i. V. 1 246 437 M.) erzielt. Die Fabrikations-, Vertriebs- und Handlungskosten haben sich von 755 714 M. auf 1 278 634 M. erhöht. Nach Abreibungen von 267 234 M. (142 061 M.) bleibt ein Ueberschuß von 476 076 M. (342 885 M.) zur Verfügung. Es wird vorgeschlagen, hieraus a. a. 10 Proz. Dividende (i. V. 0 Proz.) auszuschütten. Ueber die Ausschüttung wird von der Verwaltung im Geschäftsbericht gesagt, daß in das neue Geschäftsjahr ein reichlicher Bestand an Rücklagen herübergenommen worden sei und daß wieder ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden könne.

Der Kampf in der Porzellanindustrie.

Die Porzellanindustrie hat in den letzten Jahren einen Kampf mit dem Nürnberger Bund ein gemeinschaftliches Rundschreiben an ihre Kunden herausgegeben, in dem sie denjenigen Königl. die sich vertraglich an den Rosenthalkonzern binden, ihrerseits scharfe Maßnahmen androhen, die auf Entziehung aller weiteren Warenlieferungen hinauslaufen. Die Königl. Porzellan-Manufaktur in Berlin hat sich mit den Manufakturen in Meissen, Kempten, in Verbindung gesetzt, um gemeinschaftlich vorzugehen und den Händlern, die sich einem Konzern verschreiben, die Warenlieferungen zu sperren. Der Kampf tobt also bereits auf der ganzen Linie. Auch die Händlerverbände haben bereits Gegenmaßnahmen beschlossen.

Kohlraffinerie in Deutschland.

Der „Köln. Volksztg.“ wird geschrieben: Die jetzige Zeit hat hinsichtlich der Versorgung Deutschlands mit Erdölzeugnissen gewaltige technische Umwälzungen gebracht. Daher drängt sich der Gedanke, in Deutschland selbst ein Raffineriegewerbe zu errichten und — statt, wie früher, Fertigerzeugnisse — das Rohöl einzuführen, wieder in den Vordergrund. Namentlich in den Kreisen des chemischen Gewerbes wird es eifrig und von allen Seiten beleuchtet. Man sagt, die von beteiligter Seite beabsichtigte Beeinträchtigung der Interessen der Steinkohlenteer-Verarbeitung, der Braunkohlenteer-Verarbeitung, der Benzolverarbeitung und nicht zuletzt des heimischen Erdölgewerbes werde dadurch widerlegt werden, daß von den Treibölen, welche die genannten Betriebe erzeugen, gegenwärtig derartige Mengen gebraucht werden, daß man sie ohne Rücksicht auf ihre Herkunft aus dem Markt nehme. Benzol werde außerdem als Grundlage für die Herstellung vieler chemischen Erzeugnisse stets guten Absatz finden.

Offenbar gehen diese Wünsche von dem neuen Hamburger Petrolkonzern Hapag-Deutscherische Petroleumgesellschaft aus, der neben der Deutschen Erdölgesellschaft und der Steaua Romana lediglich am rumänischen Petroleumgeschäft profitieren möchte.

Liquidation deutscher Versicherungsgesellschaften in den Vereinigten Staaten. Der Betrieb von 19 feindlichen Versicherungsgesellschaften wurde geschlossen, ihr Eigentum wurde in öffentliche Verwaltung übernommen.

Soziales.

Alles für einen Taler.

Während sich die Filmschauspieler und die Filmstatisten ihre Löhne und ihre Beschäftigung in Berlin durch stundenlanges Warten im Stufferhaus verdienen müssen, gibt es in der Provinz selbstverpflichtete Filmleute. Sogar die Statisten werden dort gleich für zwei Jahre auf Grund eines Vertrages verpflichtet. Hier ist ein solcher Vertrag in Abdruck. Er wurde am 16. Juni 1918 geschlossen zwischen der Greut-Filmgesellschaft, W. Greut u. Co. in Dresden-Laubegau einerseits und Hrl. E. S. andererseits.

§ 1. Die Greut-Film-Gesellschaft engagiert mit heutigem Tage Hrl. E. S. für Comparsierarbeiten, unter der Voraussetzung, daß sich Hrl. E. S. für den Film eignet.

§ 2. Hrl. E. S. erhält ein Spielhonorar von 3, in Worten drei Taler pro Aufnahmezeit, an welchem sie beschäftigt ist, unter nachstehenden Bedingungen: (Die Dauer der Beschäftigung ist im Vertrag mit acht Stunden angesetzt, aber durchgestrichen. Es kann also auch länger dauern.)

§ 3. Hrl. E. S. ist mit heutigem Tage bei der E. S. G. auf die Dauer von 2 Jahren, also vom 12. Juni 1918 bis 12. Juni 1920, verpflichtet und ist während dieser Zeit dem Künstler jede anderweitige Mitwirkung im Film unterliegt, noch ist er ihm gehalten, sich mit der Aufnahme und Herstellung von Filmen zu befassen oder solche direkt oder indirekt herstellen zu lassen.

§ 4. Hrl. E. S. versichert, daß sie durch vertragliche Verpflichtung als Schauspieler an der Mitwirkung im Film nicht gehindert ist. (11)

§ 5. Sollte ein angefertigter Aufnahmezeit aus irgendwelchen Gründen abgelehnt werden müssen, so entfällt der Anspruch des Honorars für diesen Tag.

§ 6. Hrl. E. S. ist verpflichtet, für jeden Film, in dem sie beschäftigt ist, sich zu einer Probe- und Regieprobe entschuldigend einzufinden, falls diese von der Regie für nötig befunden wird.

§ 7. Falls sich nach dem Urteil der Regie Hrl. E. S. für den Film als ungeeignet erweisen sollte oder zur Lösung des Vertrages aus irgendeinem anderen Grunde Veranlassung gegeben ist, steht der E. S. G. jederzeit das Recht zu, ohne jegliche Entschädigung von diesem Vertrag zurückzutreten.

§ 8. Eine bestimmte Anzahl von Aufnahmezeiten während der Vertragsdauer garantiert die E. S. G. nicht, sondern richtet sich die Beschäftigung nach der Veranlagung und Beschäftigung des Künstlers sowie den allgemeinen Fabrikationsmöglichkeiten.

§ 9. Moderne Garderoben, Perücken, Schminken usw. hat der Künstler selbst zu stellen, während Kostüme und Requisiten von der E. S. G. gestellt werden.

§ 10. Zahlungen der Honoraransprüche erfolgen nach Fertigstellung der ersten Kopie, jedoch werden auf Wunsch auch 2-Kontogebühren in Höhe von 20 Proz. des vereinbarten Tageshonorars einmal wöchentlich am Zahlungs- der Firma geleistet. (Also 60 Pfennig!)

Und das alles für einen Taler.

Invalidentente und Bevölkerungspolitik.

Zu diesem zeitgemäßen Kapitel erhielten wir folgenden Beitrag: Ein junger Mann war in einem Stadtfest beschäftigt, wo er sich im Winter schwere Erkältungen zuzog, die ihn aber zunächst an der Fortsetzung seiner Arbeit wie auch an der Erfüllung seiner militärischen Dienstpflicht nicht hinderten. Nach seiner Verheiratung jedoch, die im 26. Lebensjahre erfolgte, mochten sich mehr und mehr die Folgen der früheren Erkältungen bemerkbar machen. Die Familie wurde größer, das Einkommen geringer. Der behandelnde Hausarzt konnte nicht helfen. Im Februar 1913 wurde bei der Landesversicherungsanstalt Breslau die Einleitung eines Heilverfahrens beantragt. Dazu war es leider bereits zu spät. Eine Beobachtung von wenigen Tagen ergab die Invalidität des Mannes.

Nun mußte die Frau zur Arbeit gehen, zum Tagelohn von einer Mark, während der Mann fortan die Kinder hütete und die häuslichen Arbeiten verrichtete. Ende des Jahres 1913 kam das sechste Kind zur Welt. Nach neunwöchigem Warten mußte die noch recht schwache Frau wieder in die Fabrik, da der Rohrmangel sich zu stark bemerkbar machte. Im Laufe des Sommer war die Rente beantragt und schließlich mit 19,75 M. monatlich bewilligt worden.

Lassen wir den Mann selber weiter berichten:

„Nachdem ich das sechste Kind bei der Landesversicherungsanstalt angemeldet hatte, bekam ich 19,75 M. Doch trotzdem unsere Lage schon damals sehr schlecht war, konnten wir uns doch besser durchschlagen als jetzt. Meine Frau lebt während des ganzen Jahres um 4 Uhr früh auf, besorgt das Morgenessen, macht den zwei Mädchen die Haare und geht dann zur Fabrik. Sie hat dort die beste, aber auch anstrengendste Arbeit und verdient wöchentlich 12 bis 13 M., falls sie nicht einmal fehlen muß, weil sie infolge der Ueberanstrengung und Unterernährung kranklich ist. Ich fürchte, wenn es noch eine Weile so weiter geht, bricht sie zusammen. Und wie sieht es mit meinen Kindern? Sie haben vor dem Kriege emblemen müssen und müssen während desselben noch viel mehr entbehren. Wir sind nicht einmal in der Lage, unsere Lebensmittellisten auszugeben. An Kleidung für acht Personen ist nicht zu denken. Die fünf schulpflichtigen Kinder können im Winterhalbjahr aus Mangel an Kleidung die Schule fast gar nicht besuchen. Es ist schade um unsere Kinder, sie sind sonst gesund und großwüchsig, aber sie werden vom Gewicht der Schulpflicht erdrückt werden.“

Ueber meiner Invalidentente von monatlich 19,75 M. erhalte ich eine Feuerungszulage von 8 M. und eine Ortsarmenunterstützung von 15 M. Das ergibt mit dem Lohn meiner Frau ein monatliches Einkommen von 90 bis 95 M. für acht Personen. Auffällig ist, daß die Feuerungszulagen der Renteneempfänger gleich hoch sind, ob sie Kinder haben oder nicht. Doch wenn sich unglückliche Väter oder Mütter ihre Kinder großgezogen haben, dann erinnert man sich der Existenz dieser Kinder; das Vaterland ruft sie. Die Preis-treiber machen das Leben der Familien von Renteneempfängern und Witwen fast zur Unmöglichkeit. Mann die Regierung der Feuerung nicht Einhalt gebieten, dann müßte sie doch Mittel und Wege finden, den am schwersten Bedrückten zu Hilfe zu kommen, damit sie dennoch nicht zugrunde gehen.

Und dann die Ortsarmenunterstützung! Wen die harte Not dazu treibt, um diese Unterstützung zu betteln, zumal in einem Orte, wo einer dem andern nicht ausweichen kann, der muß unglückliche Verständnis und mitleidlose Bemerkungen über sich ergehen lassen und so das Bittere seines Elends doppelt und dreifach empfinden. Diese Einrichtung sollte doch auch einmal etwas verbessert werden, damit diejenigen, die nun leider einmal von ihr Gebrauch machen müssen, nicht samt ihren Familienangehörigen durch sie als vogelfrei in der Achtung ihrer Mitmenschen gestempelt werden.“

Sowohl für die Beratung der Maßnahmen zur Bevölkerungspolitik, wie für die Frage der Erhöhung der Feuerungs-zulagen für die Renteneempfänger dürften diese in ihrer Schlichtheit und Wahrheit erschütternden Darlegungen einige Beachtung beanspruchen. Nicht zuletzt auch für eine Revision der Armenpflege.

Berichtszeitung.

Feuerkampf mit Mitgliedern der Weddingkolonne.

Wegen schweren Diebstahls unter Mitwirkung von Waffen wurden gefestert der mehrfach vorbestrafte Monteur Friedrich W. S. und die Arbeiter Peter W. S. und Julius R. S., die noch der Kenntnis der Polizei der berüchtigten Weddingkolonne angehören, der I. Ferienkammer des Landgerichts III vorgeführt. Die Angeklagten hatten in Gemeinschaft mit zwei schuldlosen Soldaten, die demnach vor dem Kriegsgericht abjurteilen sind, in der Nacht zum 28. Mai einen Einbruch in den Futtergeschäft von Gänzel in der Bräufelder Straße ausgeführt. Sie hatten mit einem Brecheisen die Kasse geöffnet, waren in den Laden gedrungen und hatten diesen ausgeplündert. Ein Teil der Beute, nämlich Butter, Marmelade u. dergl. wurde in die Wohnung des W. S. geschafft, dann hatten die Eindringlinge die Dreifigkeit, an den Tatort zurückzuführen und noch weitere Sachen dort zu stehlen. Es war morgens gegen 4 1/2 Uhr, als der auf dem Watrouisengasse befindliche Schutzmann Lamm die Angeklagten erwiderte, die damit beschäftigt waren, ein größeres Faß Marmelade wegzubefördern. Als sie des Schutzmannes ansichtig wurden, machten sie gegen diesen eine so drohende Bewegung, daß sich der Beamte genötigt sah, aus seinem Revolver einen Schuß gegen sie abzufeuern, der aber niemand traf. Kammerfellen aus den Kriegen der Eindringlinge gleichfalls zwei Schüsse, die nicht an dem Schutzmann Lamm vorübergingen ohne ihn zu treffen. Die Verbrecher wandten sich hierauf zur Flucht und es entwickelte sich eine wilde Verfolgungsjagd, an der zahlreiche Straßenpassanten teil nahmen, mit dem Erfolge, daß die Fliehenden die sich in mehrere Häuser hineinretten verdrückten festgenommen werden konnten. Mehrere von ihnen befanden sich im Besitze von Revolvern. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß die allgemeine Unruhe, die in neuerer Zeit herrscht, es erfordere, daß gegen solche Leute, die mit Schusswaffen ausgerüstet, auf nächtliche Einbrüche ausgehen, mit den strengsten Strafen vorgegangen wird. Die Strafen lauteten demgemäß gegen W. S. auf 5 Jahre Zuchthaus, gegen W. S. auf 2 Jahre, gegen R. S. auf 3 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf 5 Jahre.

Verantwortl. V. H. H. Dr. Franz Dieberich, Berlin-Gröden; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neufahrweg; für Anzeigen: Theodor Hoff, Berlin; Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Taler und Unterhaltungsbeitrag.